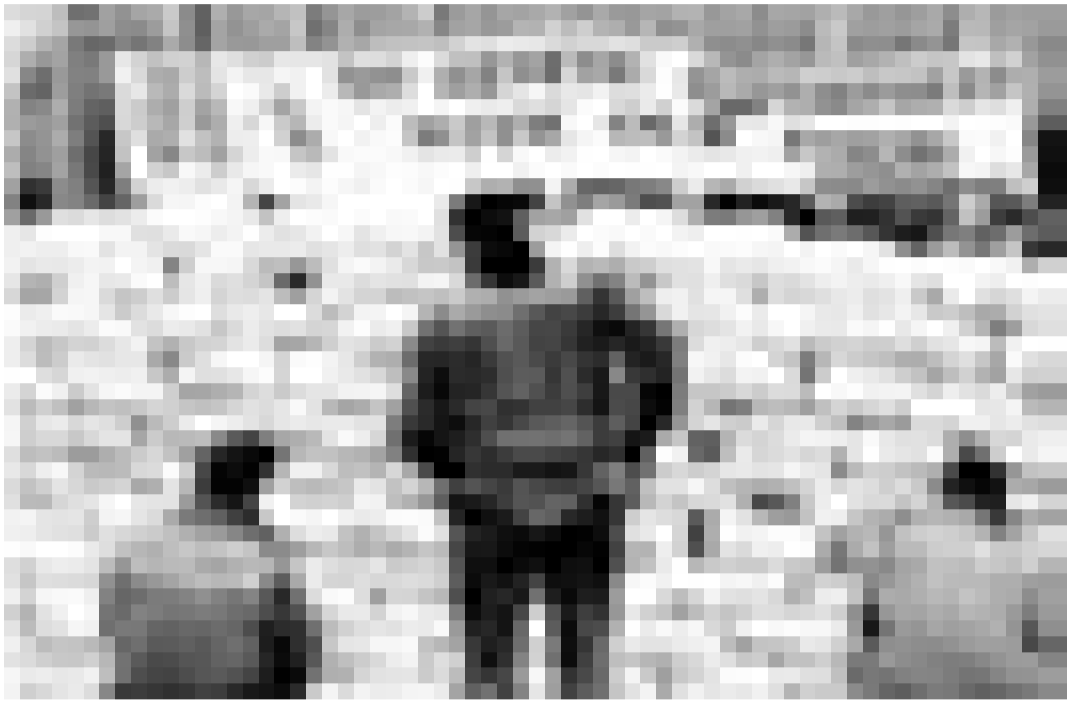


GMO-FREE ZONES

Genmodifizierende Strategien



Eines Tages ein weltweites Genfood-Verbot? Schön wär's.

(Foto: Greenpeace)

Moratorien, gentefreie Territorien, VerbraucherInnenendruck - Strategien zur Bekämpfung des Gen-Staates gibt es viele.

(roga) - In Italien wird in Kürze gewählt. Konnte deshalb der grüne Landwirtschaftsminister Alfonso Pecoraro Scanio auf der Konferenz der Grünen im Europarlament in Brüssel derart radikal auftreten? Jedenfalls wusste Scanio vollmundig zu unterstreichen, die italienische Regierung lehne genetisch modifizierte Organismen (GMO) in der Landwirtschaft grundsätzlich ab und habe deshalb u.a. die - von Astrid

Lulling gepushte - Direktive über gentechnisch modifiziertes Rebgut gekippt.

Über GMO-free zones hinaus

Immerhin war Scanio klug genug, mit dem angekündigten Kampf gegen die gentechnisch modifizierten Organismen die produktivistische Agrarpolitik insgesamt infrage zu stellen. Damit traf er dann auch den Nerv des grünen Zeitgeists: Die Chance einer nachhaltigen Hinwendung zur ökologischen Landwirtschaft müsse jetzt und radikal genutzt werden.

Die Konferenz konnte einen beachtlichen Zulauf von NGO-VertreterInnen, WissenschaftlerInnen und sogar Industrielobbyisten verbuchen. Das Thema der "GMO-free zones" wurde von den ReferentInnen unterschiedlich interpretiert. Am weitesten ist man im südbrasilianischen Bundesstaat Rio Grande do Sul. In dieser Region von Soja-Produzenten herrscht die progressive "Partido dos Trabalhadores" (PT). Der Gouverneur löste nach zwei Jahren sein Wahlversprechen ein, gegen den Widerstand vieler Agrarbarone die GMO im Bundesstaat

zu verbieten. Uneigennützigkeit gibt es in der Politik nirgendwo, so rechnen sich die Brasilianer denn auch Exportchancen für ihre gentefreie Soja nach Europa aus - als Ersatz für BSE-trächtiges Tiermehl. Der benachbarte Konkurrent Argentinien setzt voll auf die Gentechnik und könnte so den kürzeren ziehen.

Fast so weit ist man inzwischen auch in verschiedenen Regionen Italiens, die sich per Beschluss der jeweiligen Regionalparlamente als "GMO-free zones" erklärten. Sollte wider Erwarten die jetzige Koalition in Rom überleben, ist eine Ausdehnung auf ganz Italien kurzfristig zu erwarten. Eine solche Maßnahme stünde nicht im Gegensatz zu EU-Direktiven, so jedenfalls die Meinung des Agrarministers Scanio. Auch im Baskenland läuft der Prozess der gewaltlosen Genbefreiung auf vollen Touren.

Die TeilnehmerInnen der Konferenz waren sich weitgehend einig, dass das Konzept der "GMO-free zones" eher einen symbolischen und sensibilisierenden Charakter habe als dass es einer langfristigen Lösung entspräche. Wenig Anklang erhielt daher das Konzept des Österreicherers Hoppichler, prioritär sensible Zonen, wie den Alpenraum, als GMO-frei zu deklarieren und dort den Biolandbau und den Naturschutz zu fördern. Sollen wir dann im GMO-Raps ersaufen, derweil in den Alpen das Bio-Heu gedeiht, fragten sich die übrigen TeilnehmerInnen.

GMO-free zones und danach? EU-PolitikerInnen wie Paul Lannoye oder Hiltrud Breyer befürworten legislative Modifizierungen von Direktiven. Benny Haerlin, früherer Europa-Parlamentarier und jetzt Greenpeace-GMO-Campaign-Direktor, scheint weniger Vertrauen in die Politik als in den Markt zu haben und setzt voll auf den Druck genressistenter VerbraucherInnen.

Und in Luxemburg? Einen ersten Versuch, NGOs mit der Idee eines "GMO-free Luxembourg" zu mobilisieren, hat es bereits gegeben. Vielleicht ja wird die mangelnde Begeisterung durch die Perspektive einer globalen Ökologisierungstrategie in der Landwirtschaft in nachhaltigen Aktivismus umgewandelt.

Porto Alegre versus Davos

GegnerInnen und Antreiber von globaler Liberalisierung planen für das letzte Januar-Wochenende einen Diskussionsmarathon. Welche Analysen die brasilianische Sonne bei NGOs, Gewerkschaften usw. hervorkitzelt, und welche Kälte hinter dem Kalkül der Globalisierungsstrategen aus dem Winterkurort steckt, lesen Sie im nächsten Dossier.

kommentar

Co-labor en franc-tireur?

Une convention collective de travail vient d'être signée entre salariés et direction de la société coopérative Co-labor. une autre vision des relations ouvriers-direction.

La signature d'une nouvelle convention collective de travail est encore présentée de nos jours par les uns (les syndicats) comme une grande victoire, et par les autres (le patronat) comme un mal nécessaire. C'est-à-dire qu'on est encore et toujours dans cette éternelle vision de la lutte des classes où les uns doivent grappiller le maximum que les autres n'accordent que du bout des ongles pour préserver un semblant de paix sociale en ricanant sous cape.

Alors, me direz-vous, en quoi tout cela est-il différent chez Co-labor (qui n'a aucune obligation de négocier avec les syndicats)?

Co-labor, en tant que coopérative dans laquelle la grande majorité des salariés participe au capital social, développe une autre vision des relations ouvriers-direction. L'objet même de la coopérative est la (ré)insertion socio-professionnelle des personnes les plus éloignées de l'emploi. De ce fait les négociations se sont déroulées dans un climat de collaboration entre les différents partenaires, à savoir, les syndicats OGB-L et LCGB, la délégation du personnel et le comité de direction, pour atteindre deux objectifs principaux: premièrement, créer un outil pédagogique pour rendre accessible la législation relative au droit du travail et deuxièmement, clarifier les responsabilités et les rôles des différentes catégories de salariés afin de les rendre compatibles avec le fonctionnement d'une entreprise d'insertion.

Actuellement, Co-labor occupe plus de 70 salariés dans les activités du jardinage et de l'espace vert. S'il s'agit de la plus importante entreprise de ce secteur au niveau national, c'est aussi la seule à avoir conclu à ce jour un contrat collectif. On peut se demander ce qui rend si réticentes les autres entreprises du secteur à emboîter le pas de Co-labor?

Paul Delaunois est gérant de Co-labor

kommentar

Blanker Zynismus

Milde für RaserInnen, Sonderrechte für gestresste BrummifahrerInnen? Gerade diese Gruppen stellen ein besonderes Sicherheitsrisiko dar.

In ihrem Protest gegen den Punktführerschein zeigt sich: ACAL und ACL sind sich nicht nur in ihren Namenskürzeln ähnlich. Ausgerechnet jene, die besonders in die Pflicht zu nehmen sind - AutofahrerInnen und BerufsfahrerInnen - wollen vor drohender "Kriminalisierung" und dem "repressiven Charakter" des geplanten Strafsystems geschützt werden? Das ist mehr als absurd. Kriminalisiert werden allenfalls jene, die sich auch tatsächlich eines massiven Verstoßes gegen Geschwindigkeitsregeln schuldig gemacht haben. Und es sind oft die unverbesserlichen Raser, die trotz Bußgeld und Tempolimits tödliche Unfälle provozieren. Um es deutlich zu sagen: Fahrlässige Tötung durch überhöhte Geschwindigkeit ist kein Kavaliärsdelikt. Auch wenn die Geschwindigkeitsübergrenzung nur einmal passiert: Das Opfer fragt nicht danach, wie oft der Fahrer in seinem Leben zu schnell gefahren ist. Genauso wenig interessiert es sich dafür, wer ihn oder sie warum überfährt.

Sicher, die ACAL ist zu recht erbost über Arbeitgeber im Transportwesen, die um des schnöden Mammons wegen ihre Fahrer massiv unter Druck setzen. Die Folge ist, dass viele ihre LKWs überladen und sie ungeachtet von gesetzlich vorgeschriebenen Pausen stundenlang und dazu oft nachts über die Straßen jagen. Wenn die ACAL jedoch meint, der Druck berechnete LKW-FahrerInnen dazu, diesen mit Drogen und anderen Verstößen gegen den "Code de la Route" zu kompensieren, womöglich noch gesetzlich geschützt durch entsprechende Sonderrechte, so ist das Zynismus pur. Miserable Arbeitsbedingungen und die Liberalisierung der Märkte machen (nicht nur) BerufsfahrerInnen das Leben schwer, ja. Dieser Kampf, für den es schließlich die Gewerkschaften gibt, muss aber woanders ausgefochten werden. Zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr müssen alle ihr Soll beitragen - auch gestresste Kapitäne der Straße.

Ines Kurschat ist Redakteurin der WOXX.

Computer-Anarchie

Computer halten sich selten an die Spielregeln, die ihnen menschliche Gehirne vorgeben. Sie organisieren sich vorzugsweise anarchistisch. Das gilt erst recht für die Geräte der Woxx. Auch ohne "I love you"-Attacken von außen überraschen sie mit ständig neuen Angriffen auf klug erdachte Ordnungssysteme und etablieren stattdessen ihre eigenen. Zur Begrüßung frisst mir meine Maschine erstmal den neu angelegten Ordner auf. Das Hallo der neuen KollegInnen war da doch charmanter. Es bleibt nicht dabei - nicht nur Ordner verschwinden und tauchen andernorts wieder auf, auch der Einstieg in die postmoderne Errungenschaft Internet wird aus unerklärten Gründen gelegentlich verweigert. Sind das "hate crimes"? Kehrt sich hier des Menschen Fortschritt nun gegen ihn und sie selbst? Mensch ist geneigt, dies zu glauben. Den Höhepunkt an dummdreister Beserwisserei und Eigenheit erlebte ich neulich bei der Textkorrektur: Das angeblich falsche "hellenistisch" wollte das Ding durch den "Welensittich" ersetzen. Wie wäre es mit Einstellungsgesprächen auch für Computer?



WOXX - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: Gréngespaun - wochenzeitung für eng ökologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • Herausgeberin: Gréngespaun soc. coop. • Redaktion: Robert Garcia, Léa Graf, Richard Graf, Germain Kerschen, Raymond Klein, Ines Kurschat, Muriel Prieur, Bibine Schulze, Armand Turpel, Renée Wagener, Danièle Weber. • Karikaturen: Guy W. Stoons • Fotos: Christian Mosar • Verwaltung: Monique Ludovicy • Bürozeiten: Mo - Fr 9 bis 12 und 13 bis 16 Uhr. Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • Druck: Imprimerie COPE, Luxemburg • Einzelpreis: 60.- LUF • Abonnements: 52 Nummern kosten 2.400.- LUF (Ausland zzgl. 900.- LUF); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 1.000 LUF. • Postscheckkonto: CCIPL 102654-28 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk "Neu-Abos"; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • Anzeigen: Espace Régie Luxembourg s.a. - Tel.: 26 25 75 - 1 Fax: 26 25 75-75 • Recherchefonds: Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCIPL 24495-51 der "Solidarité mam Gréngespaun asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • Post-Anschrift: WOXX, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • Büros: 51, Av. de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • E-mail: woxx@woxx.lu • Site: www.woxx.lu • Tel.: (00-352) 29 79 99-0 • Fax: 29 79 79